Humanistische Union

MITTEILUNGEN

Nr. 41 Mai 1970 B 20885 F

»Mitteilungen« monatlich

Der Vorstand der Humanistischen Union hat nach eingehender Prüfung auf seiner letzten Sitzung beschlossen, die „Mitteilungen" ab sofort mit Ausnahme der Monate August und Dezember monatlich erscheinen zu lassen. Da die „Mitteilungen" gleichzeitig nur zwei bis vier Seiten umfassen werden, wird es nunmehr möglich sein, ohne Mehrkosten einen engeren Informationskontakt zu den Mitgliedern herzustellen.

Der monatliche Versand der „Mitteilungen" zwingt uns, das Addressieren zu rationalisieren. Wer unter unseren Mitgliedern kann uns möglichst preiswert eine gebrauchte elektrische Adressiermaschine (System Adrema) vermitteln? Für Hinweise und Angebote ist Ihnen die Geschäftsstelle der HU, 8 München 23, Destouchesstr. 48, Tel. 30 20 96 jederzeit dankbar.

Bundespräsident Heinemann nimmt Fritz-Bauer-Preis an

Der Vorstand der Humanistischen Union gab anläßlich des Verbandstages der Humanistischen Union bekannt, daß er den alljährlich zu vergebenden Fritz-Bauer-Preis 1970 Bundespräsident Gustav Heinemann verleihen wird.

Die Humanistische Union stiftete den nach ihrem 1968 verstorbenen Gründungsmitglied Fritz Bauer benannten Preis „für besondere Verdienste um die Demokratisierung, Liberalisierung und Humanisierung der Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland".

Mit Bundespräsident Gustav Heinemann möchte die Humanistische Union einen Mann ehren, der sich in einer nach wie vor autoritär geprägten Gesellschaft mit großem persönlichen Engagement für eine liberale und humane Rechtsordnung eingesetzt und wesentlich zur Reform unseres Rechts in diesem Sinne beigetragen hat.

Neue Verhältnisse — neue Möglichkeiten

Verbandstag der HU in Nürnberg

Am 4. und 5. April fand in Nürnberg der diesjährige Verbandstag der HU statt. Am Vorabend des Verbandstages forderte die HU mit einer Kundgebung „Schluß mit der CSU-schule" (s. Pressestimmen).

Zu Beginn des Verbandstages übermittelte Albert Jenger, Paris, die Grüße der Internationalen Liga für Unterricht, Erziehung und Kultur. Jenger, Generalsekretär der Liga, der deutsches Mitglied der HU ist, betonte die Gemeinsamkeit der Ziele der HU und der Liga. Beiden gelte die Freiheit des Menschen als oberstes Prinzip und der Totalitarismus, einschließlich des Klerikalen, als ihr größter Feind.

Professor Ossip K. F. analysierte in seinem Hauptreferat die veränderte und sich ständig verändernde politische Lage unter dem Gesichtspunkt der speziellen Wirkungsmöglichkeiten der HU. Fünf grundsätzliche Herausforderungen seien an unsere Zeit gestellt, die auch die HU nicht unberücksichtigt lassen kann. Diese fünf Herausforderungen lassen sich mit den Stichworten Friedenssicherung, Bevölkerungsexplosionen, Störung des Gleichgewichts zwischen Zivilisation und Natur, Totalitarismus und Bildungsproblematik andeuten. Da die großen Parteien und Verbände in der etablierten Gesellschaft weitgehendst erstarrt sind, vermögen sie auf diese Herausforderungen nicht flexibel genug zu reagieren. Genau an dieser Stelle setzt die originäre Aufgabe der HU ein: sie muß mit zukunftsträchtigen Modellen die versteinerten Verhältnisse durchbrechen und ein, die etablierten Verhältnisse überwindendes Problembewußtsein fördern. Sie kann sich dabei in Konfrontation und Zusammenarbeit mit etablierten Institutionen unbefangener und freier äußern, da sie viele taktische Rücksichten derselben unberücksichtigt lassen kann.

An das Hauptreferat schloß sich eine ausführliche Diskussion der praktischen Möglichkeiten der HU-Arbeit unter diesen Aspekten an. Dabei fanden insbesondere die Chancen örtlicher HU-Aktivitäten besondere Berücksichtigung. (Das in diesem Zusammenhang gehaltene Koreferat Klaus Scheunemanns kann vervielfältigt von der Geschäftsstelle bezogen werden.)

Für ein demokratisches Ausländerrecht

Petition der HU an Bundestag und Bundesregierung

Die HU legte am 18. März dem Bundestag und der Bundesregierung mit einer Petition einen Alternativentwurf zum geltenden Ausländergesetz vor. In der Petition heißt es u. a.:

Die Öffentlichkeit steht betroffen vor den unbegreiflich verbrecherischen Attentaten und Terrorakten in München und Frankfurt. Bedauerlicherweise hat es aber neben den spontanen Reaktionen der Anteilnahme und Empörung zahlreiche z. T. unkritische Reaktionen gegeben, die in den Forderungen nach Verschärfung des ohnehin restriktiven Ausländergesetzes und der Wiedereinführung der Todesstrafe gipfelten. Derartige Forderungen sind keine geeigneten Mittel, die nun entstandenen Probleme zu bewältigen; sie widersprechen rechtsstaatlichem Denken und sollten Anlaß sein, die Situation der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland zu überdenken.

Mit Ausnahme der Arbeitnehmer aus dem EWG-Bereich, die dem Freizügigkeitsrecht des Gemeinsamen Marktes unterstehen, werden Ausländer in der Bundesrepublik zwar geduldet, aber rechtlich unzureichend geschützt. Die für die Regelung ihres Aufenthaltes zuständigen Behörden verhalten sich so, als werde dem Ausländer mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis eine Gnade erwiesen.

Hierzu werden die Ausländerbehörden durch ein Gesetz ermächtigt, das der Exekutive Blankovollmacht einräumt. Das Ausländergesetz von 1965, das den Aufenthalt der Ausländer materiell-rechtlich zu regeln vorgibt, unterwirft diese der praktisch schrankenlosen Herrschaft der Verwaltung. Die Bestimmungen des Gesetzes sind so gefaßt, daß sie, wie es im Vorwort zu einem der früheren Kommentare heißt, „einerseits berechtigten menschlich oder wirtschaftlich verständlichen Wünschen und den Interessen der Unternehmer entsprechen ... ande-

Fortsetzung Seite 4

Einladung zur Weltkonferenz der Internationalen Liga in Dakar

Die Internationale Liga für Unterricht, Erziehung und Kultur, deren deutsches Mitglied die HU ist, veranstaltet ihren alle 2 Jahre stattfindenden Kongreß dieses Jahr vom 26. Juli bis 9. August in Dakar, der Hauptstadt Senegals. Die Liga zieht es den großen, spektakulären Manifestationen vor, daß eine beschränkte Anzahl qualifizierter Personen sich mindestens für eine Woche versammelt, um ein bestimmtes Problem zu diskutieren. Daher werden solche Treffen regelmäßig in Europa, Afrika oder Lateinamerika organisiert und ermöglichen Empfehlungen an die Mitgliedervereinigungen. Die Regierung der Republik Senegal hat die diesjährige Initiative begrüßt und als Tagungsort die Universität von Dakar zur Verfügung gestellt.

Léopold-Sédar Senghor, der Präsident der Republik, wird durch seine Anwesenheit die Eröffnungssitzung des Kongresses ehren. Neben den Hauptreferaten erlaubt die Arbeit in den Kommissionen den ca. 400 Teilnehmern aus verschiedenen Ländern ihre Ansichten über die Probleme auszutauschen, die sie am meisten interessieren.

Außerdem ist noch ein touristisches und kulturelles Besichtigungsprogramm vorgesehen. Seine Planung befindet sich in Vorbereitung. Das Programm des Kongresses beginnt am 26. Juli mit der Ankunft der Teilnehmer und endet am 5. August mit dem Rückflug. Doch ist auch eine Verlängerung des Aufenthalts möglich. Die Teilnahmekosten betragen inkl. Flug Paris—Dakar—Paris ca. 1400 französische Franken. Wer anschließend an einer Kreuzfahrt nach Gambie und Casamance teilnehmen will (5. bis 9. August), muß mit weiteren Kosten in Höhe von 320 Franken rechnen.

Der HU stehen noch einige Plätze zur Verfügung. Interessenten erfahren nähere Einzelheiten über die Geschäftsstelle.

Aus den Ortsverbänden

In **Augsburg** fand eine gut besuchte Kundgebung gegen die Neugründung einer theologischen Fakultät statt. Zum Thema sprach Dr. Joachim Kahl. Der Referent stellte die Verfassungswidrigkeit staatlicher theologischer Fakultäten fest.
So ist die Freiheit von Forschung und Lehre (Art. 5 GG) an den theologischen Fakultäten nicht gewährleistet. Die theologische Fakultät an der staatlichen Universität bedroht weiterhin die grundgesetzlich garantierte Glaubensfreiheit, da durch ihre Existenz entgegen dem Artikel 4 GG eine religiöse Anschauung vor anderen bevorzugt wird. Die staatlichen theologischen Fakultäten stellen somit eine besonders eklatante Verletzung des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat (Art. 138 GG) dar. Sie sollten baldmöglichst in kircheneigene Lehranstalten überführt werden.

In **Friedberg/Bad Nauheim** hat sich ein Ortsverband konstituiert. Sein Vorsitzender ist Herr Günter Rüngener, 6351 Rödgen, Schöne Aussicht 10.

Der Ortsverband **München** hat sich massiv für die Fortführung des weit über die Grenzen Münchens bekannten Filmstudios in der Occamstraße eingesetzt. Das Studio, dem die Räume durch die Spatenbrauerei gekündigt worden waren, soll nun mit Unterstützung der Stadt und unter Beteiligung der HU als gemeinnützige Institution neu gegründet werden. Einer entsprechenden Eingabe an die Stadt wurde mit fast 1500 Unterschriften Nachdruck verliehen.

Der Landesverband **Berlin** engagiert sich weiter in der Frage des sog. „Handgranatengesetzes". Danach soll die Berliner Polizei mit schweren Explosivwaffen ausgerüstet werden. Nicht zuletzt die HU (z. B. durch eine beachtete Plakataktion) hat die heftige und umfassende Diskussion der Frage in Berlin bewirkt. Gleichzeitig bestrebt der Landesverband eine prozessuale Klärung der Frage an, ob das Verbot auf Straßen grundgesetzkonform ist.

Der Ortsverband **Bremen** wurde vom Senat zu einem Hearing zur Frage der Polizeikennzeichnung geladen. Er ließ sich unter anderem von Prof. Dr. Klug vertreten. Die ausführlichen und fundierten Argumente der HU-Vertreter konnten die bornierte Haltung der Polizeivertreter kaum erschüttern.

Anläßlich der Rekonstituierung des Ortsverbandes **Köln** am 13. März hielt Dr. Joachim Kahl im Französischen Institut vor etwa 180 Zuhörern einen Vortrag über das Thema „Erziehung ohne Religion", an den sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Zum neuen Ortsvorsitzenden wurde in der darauffolgenden Mitgliederversammlung Dieter Roth, 5 Köln-Zollstock, Gottesweg 22, Telefon 38 63 16, gewählt.

Auf Einladung des Ortsverbandes **Dortmund** sowie der örtlichen Volkshochschule hielt Dr. Joachim Kahl am 23. 3. 1970 vor 200 Zuhörern einen Vortrag über das Thema „Erziehung ohne Religion", an den sich eine intensive Diskussion anschloß. Vor dem Vortrag hatte eine Besprechung zwischen Dr. Kahl und Mitgliedern von nordrheinwestfälischen HU-Vorständen stattgefunden, wobei auch die Gründung eines HU-Landesverbandes erörtert wurde.

Diskussion

Wir bitten um Verständnis dafür, daß durch den jetzt geringeren Umfang der „Mitteilungen" nicht alle zur Zeit vorliegenden Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden können. Wir hoffen aber, diese in den nächsten Ausgaben noch bringen zu können.

Kritik am neuen HU-Prospekt

„radikal" rote Farbe ist eine Täuschung. Richtiger wären blau-rosa Streifen eingesprenkelten weißen Stellen! „Mit Rücksicht auf ihren Bündnischarakter", heißt es, habe sich die HU auf fünf Arbeitsbereiche konzentriert. Dieser Charakter ergibt sich laut Prospekt aus dem „politischen Bündnis von Liberalen und Sozialisten". Es sieht für jeden Leser so aus, als handle es sich bei der HU um eine Pseudo-Mini-Ausgabe der Regierungskoalition aus SPD und FDP. Wer es bis dahin noch nicht gemerkt haben sollte, der liest dann auf der letzten Seite, daß „für die Mehrzahl" der Mitglieder die HU (neben Partei oder Gewerkschaft) „Zweitorganisation" ist. Wer hat diese Statistik gemacht? Wo sind die Fragebögen hierzu? Wozu soll dieser Hinweis bei der Werbung neuer Mitglieder gut sein? Wäre es nicht besser gewesen, die Grenzen aufzuzeigen, an denen Parteien trotz ihres Reformwillens oft scheitern müssen, da sie Rücksicht auf die Wählerstimmen nehmen müssen? Diese Rücksicht braucht die HU nicht zu üben. Sie kann nur auf zwei Arten politisch wirksam werden:

1. Einwirkung auf die Parteien und Parlamentarier auf allen Ebenen;
2. Eigene Organisationsform und Kommunikationsmittel; gegebenenfalls punktuelle Zusammenarbeit mit anderen, nicht im Parlament vertretenen Verbänden und Gruppen.

Die direkte Einwirkung auf die Wähler wie auf die Presse ist äußerst begrenzt. Hier dürfte noch nicht ein Promille der Wirksamkeit der Springer-Presse in praxi erreicht werden können.
Durch die „Konzentration" (siehe oben) ist von dem Abbau überlebter und überflüssiger Autoritäts- und Herrschaftsformen und diese stützender Wirtschaftsstrukturen (siehe Programmerklärung des Bundesvorstandes in Mitteilung Nr. 36) nur das dürftige „gegen eine formierte Gesellschaft" übriggeblieben.
Eine Hauptaufgabe der HU müßte der Kampf gegen die Leerformeln sein („liberal", „sozialistisch", „Defizit an Demokratie"). Insbesondere im Hauptbereich Bildungspolitik geistert die Leerformel „Emanzipation des Menschen". Diese soll doch wohl im Rahmen der Schul- und Hochschulbildung für das Berufsleben vorbereitet werden. Was verstehen die Verfasser des Prospektes im Rahmen des Berufslebens unter Emanzipation? — Es fehlt bei der Hochschulpolitik die positive Forderung nach Ausbau der anthropologischen Forschung und der entsprechenden Fachbereiche.
Mit Ausnahme des Strafvollzugs ist die Rechtspolitik unter die Räder gekommen. Solche Themen wie z. B. eherechtliche findet man im Prospekt unter falscher Flagge: Die Liberalisierung des Scheidungsrechtes läuft unter „Gegen sexuelle Tabus".

Es geht bei der weiteren Hauptaufgabe nicht allein um „Kirchenprivilegien", sondern um den freien und kritischen Zugang zu den Inhalten von Philosophie, Ethik und Religiosität.
Deshalb unsere Aufforderung an den Bundesvorstand: druckt nicht noch mehr der fehlfarbenen Prospekte! Dies gilt unabhängig von vielen ausgezeichneten Formulierungen und Forderungen. Verzichtet endlich auf Schlagworte und Leerformeln und erarbeitet statt dessen ein Grundsatzprogramm, damit die HU wieder aktionsfähig wird! Dies ist mit Rücksicht auf die Kosten auch durch Rundbriefe über die Geschäftsstelle möglich. Es ergeht die Aufforderung an alle Einzelmitglieder und OV-Vorstände, hier innerhalb der HU die demokratische Mitwirkung z uzeigen, die wir im Prospekt anderenorts (Defizit an Demokratie") so rügen. Hier könnte man wohl auch Mitarbeit von den Beiratsmitgliedern erwarten. Die Delegiertenkonferenz 1971 sollte vor allem die Aufgabe haben, die Marschrichtung der HU in die 70er Jahre ohne Leerformeln und faule Kompromisse zu formulieren. Unabhängig von der Bildung von Projektgruppen für Grundsatzfragen auf Landesebene wie in Hessen könnte die Bildung eines „Ausschusses für Grundsatzfragen" auf Bundesebene zustande kommen. Warum warten? Fangen wir mit der Demokratisierung bei unserem Verband an; Meldungen hierfür nimmt der OV Darmstadt an und wird sie weiterleiten. Der Vorstand des OV Darmstadt hofft auf Resonanz zu diesem Diskussionsbeitrag bei den Vorständen anderer Ortsverbände wie beim Bundesvorstand.

Ortsverband Darmstadt
Exner — Frick — Krey — Zeigmeister